

Die NABU-Umweltverträglichkeitsprüfung der Landtagskandidatinnen und -Kandidaten bei der Landtagswahl 2016

Schwetzingen (WK 40)

Von den Kandidaten der SPD (Daniel Born) und der CDU (Thomas Birkenmaier) haben wir leider keine Antwort bekommen.

1. Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren leicht gesunken, dennoch sind wir noch weit vom Ziel des Netto-Null-Flächenverbrauchs entfernt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass trotz des zusätzlichen Wohnraumbedarfs der Flüchtlinge weiterhin hart an der Senkung des Flächenverbrauchs gearbeitet wird? Werden Sie ebenfalls dafür sorgen, dass für notwendige Baumaßnahmen sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen in der Fläche festgelegt werden und deren Umsetzung sorgfältig kontrolliert wird?

Manfred Kern (Die Grünen):

Der viel zu hohe Flächenverbrauch ist eines der größten Umweltprobleme – gerade bei uns in der Metropolregion Rhein-Neckar. Wir müssen es schaffen, dass mittelfristig nur noch so viele Flächen neu in Anspruch genommen werden, wie an anderer Stelle wieder entsiegelt werden. Deshalb setze ich mich für eine Netto-Null im Flächenverbräuführte Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat die von der Vorgängerregierung entwickelte Plausibilitätsprüfung aus der Schublade geholt und umgesetzt. Ziel dieser Prüfung ist es, dass Gemeinden plausibel und konkret erklären müssen, warum welche neue Flächenverbrauch notwendig ist. Früher konnten Bürgermeister mit Phantomlisten angeblicher Gewerbeunternehmen, die Bauflächen suchen, auch ein. Das grün Baugebiete legitimieren. Heute geht das nicht mehr. Den Flächenverbrauch müssen Landesregierung und die Städte und Kommunen um Schulterschluss reduzieren. Das ist eine große Herausforderung.

Hendrik Tzschaschel (FDP):

Ich bin dafür, dass das Land Baden-Württemberg Anreize gibt, dass private Investoren, mehr Wohnraum schaffen können. Entscheidend ist es, dass auch Schutzsuchende menschenwürdig untergebracht werden können. In unserem Bundesland werden mehr Wohnungen benötigt. Die Frage stellt sich jedoch: Wo wird gebaut? Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verteuerung von Energie sind kompakte Siedlungsstrukturen wichtiger denn je. Die Wiederverwertung von Flächen, die schon bebaut waren, ist vorzuziehen, bevor weitere Wiesen, Felder oder Wälder genutzt werden. Es ist eine Sache der Abwägung vor Ort! Ergänzend möchte ich erwähnen, dass der ökologische Landbau mehr Fläche benötigt, um den gleichen Ertrag erwirtschaften zu können. Der Arbeitsbericht „Ökologischer Landbau und

Bioenergieerzeugung“ des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag zeigt auf, wie viel höher der Flächenbedarf des Ökolandbaus gegenüber der konventionellen Landwirtschaft ist.

Wenn mehr Menschen in Baden-Württemberg leben werden, müssen ebenfalls Infrastrukturmaßnahmen getroffen werden. Diese ziehen unter Umständen einen weiteren Flächenverbrauch nach sich. Wenn Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden können, ist darauf zu achten, dass sie selbstverständlich umgesetzt werden. Es ist bedeutend, die Lebensqualität hinsichtlich der innerörtlichen Infrastruktur zu verbessern. Mobilität ist neu zu denken!

2. Naturschutzgebiete (NSGs) sind die Edelsteine unter den Schutzgebieten und das Rückgrat des Biotopverbunds. Dennoch sind NSGs teilweise in einem sehr schlechten Pflegezustand und sie stehen unter einem enormen Freizeitdruck durch Hundebesitzer und Sportler. Aufgrund von Personalmangel fehlt in vielen Gebieten die ausreichende Betreuung durch die Naturschutzverwaltung.

Werden Sie dafür sorgen, die bestehenden NSGs aufzuwerten und neue NSGs auszuweisen?

Werden Sie sich für eine bessere Personalausstattung der Naturschutzverwaltung einsetzen?

Manfred Kern (Die Grünen):

Naturschutzgebiete sind die Perlen unserer Natur. Ich werde mich dafür einsetzen, dass bestehende Naturschutzgebiete besser gepflegt und entwickelt werden. Und wir brauchen auch neue Naturschutzgebiete oder Arrondierungen. Das geht nicht ohne zusätzliches Personal, denn Schutzgebiete gilt es mit den Bauern, den Kommunen und den Eigentümern zu entwickeln. Eine Politik des Gehörtwerdens braucht Menschen in den Verwaltungen, die genügend Zeit haben, um den Schreibtisch zu verlassen und die gemeinsam mit dem Bauern auf der Wiese Schutzgebiete entwickeln. Ganz ohne eine Stärkung der Sachmittel für den Naturschutz geht es natürlich auch nicht: Schutzgebietspflege und Öffentlichkeitsarbeit kosten Geld. Grün-Rot hat den Etat für Naturschutz verdoppelt. Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen.

Hendrik Tzschaschel (FDP):

Beispielhaft setze ich mich dafür ein, dass keine Windenergieanlagen(WEA) in NSGs gebaut werden dürfen. Die jetzige Landesregierung lässt es zu, dass WEAs in NSGs projektiert werden können (s. Bergstraße). Für mich ist es wichtig, Ökonomie und Ökologie zu verbinden und Abwägungen vor Ort zu treffen. Das gilt auch für die Ausweisung neuer NSGs.

Wir Liberalen sind für einen schlanken Staat und setzen auf die Eigenverantwortung der Menschen. An dieser Stelle ist es für mich naheliegend, nicht mehr Bürokratie zu schaffen und staatliche Lenkungsmaßnahmen einzurichten, sondern Chancen nutzen, präventiv zu agieren. Bildung ist der zentrale Schlüssel! Wir haben den Auftrag, die kommenden Generationen darin zu bilden, verantwortungsvoll mit der Natur umzugehen. Das heißt, dass einerseits das ehrenamtliche Engagement im Naturschutz gewürdigt wird und andererseits der Mensch sich motiviert, sich selbst aktiv in diesem Bereich einzubringen.

3. Unzerschnittene Landschaftsräume sind selten geworden in Baden-Württemberg. Für viele Tiere stellen die Verkehrswege eine unüberwindbare Hürde dar. Werden Sie für mehr "Grüne Infrastruktur" sorgen und sich für Grünbrücken, Krötentunnel und andere Querungshilfen einsetzen? Werden Sie auch dafür sorgen, dass hierfür genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen?

Manfred Kern (Die Grünen):

Ja, ich setze mich für ein Aktionsprogramm „Grüne Infrastruktur“ mit Grünbrücken und weiteren sinnvollen Maßnahmen ein. Die vielen tausend Wildunfälle jedes Jahr enden leider oft für Mensch und Tier tödlich. Die gefährlichsten Konfliktpunkte gilt es zu entschärfen. Und natürlich brauchen wir einen guten Biotopverbund. In den vergangenen fünf Jahren haben wir endlich die Grundlagen für die Grüne Infrastruktur im Land erarbeitet. Nun gilt es die Konzepte umzusetzen.

Hendrik Tzschaschel (FDP):

Infrastrukturmaßnahmen sind in Baden-Württemberg notwendig, damit wir weiterhin eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa bleiben. Mein Anliegen ist es, jede Maßnahme abzuwägen und durch sinnvolle „Grüne Infrastruktur“ zu ergänzen, damit die Lebensräume unserer Natur nicht weiter zerstückelt werden. Die Entscheidung darüber muss vor Ort getroffen werden.

4. Streuobstwiesen und Wiesen mit Salbei und Margeriten sind voller Leben: Sie gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Europas und bilden Grüngürtel um viele Siedlungen in unserer Region. Baden-Württemberg hat eine besondere Verantwortung für diese Ökosysteme.

Werden Sie dafür sorgen, dass Streuobstwiesen gesetzlich geschützt werden?

Manfred Kern (Die Grünen):

Ich bin ein echter Fan von Streuobstwiesen. Vor Jahren habe ich die Bürgerinitiative Schwetzinger Oststadt mitbegründet. Wir haben es geschafft, dass die Streuobstwiese am östlichen Schwetzinger Ortseingang nicht dem Bagger zum Opfer fiel. Erfolg hatten meine Mitstreitenden und ich auch beim Kampf um den Erhalt der Streuobstbestände am Insultheimer Hof, wo ein Reiserschnittgarten entstehen sollte. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Streuobstwiesen der Fünfierteläcker in Ketsch erhalten bleiben – leider vergeblich. Mit ein Grund war, dass die Streuobstwiesen nicht geschützt waren. Deshalb spricht meines Erachtens viel dafür, Streuobstwiesen besser zu schützen. Wichtig ist aber auch die Pflege des Bestandes. Viele Streuobstbäume im Land sind schlecht gepflegt. Deshalb haben wir ein Förderprogramm für den Baumschnitt eingeführt, das bereits jetzt deutlich überzeichnet ist. Der Bedarf ist riesig und unser Förderprogramm kommt bei Bauern und Streuobstbesitzern sehr gut an.

Hendrik Tzschaschel (FDP):

Ich setze auf eine moderne, freiheitliche Gesellschaft, die sich danach ausrichtet, dass jeder sein

Leben eigenverantwortlich gestaltet und Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften mit dem obengenannten Anliegen zu erlassen. Wir Menschen sind aufgeklärt und mündig, fähig selbstständig zu entscheiden.

Die Forst- und Landwirtschaft sichert in Eigenverantwortung die Pflege unserer wertvollen und artenreichen Kulturlandschaften. Entscheidend sind nicht gesetzliche Regelungen, sondern das Verständnis über unsere Umwelt. Es kann nicht sein, dass immer mehr von Seiten des Staates festgelegt werden soll, was wie wo gemacht werden darf. An dieser Stelle ist für mich es wichtig, dass der Einzelne erkennt, dass Naturschutz ein wichtiges Anliegen darstellt. Aus dem Eigeninteresse heraus muss eine solche Kulturlandschaft im Einklang mit der Forst- und Landwirtschaft geschützt werden.

5. Der NABU fordert, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie naturverträglich stattfindet. Konflikte mit Vögeln oder Fledermäusen sind zu vermeiden. Werden Sie dafür sorgen, dass alte und naturnahe Wälder - die bevorzugten Lebensräume der Fledermäuse - beim Ausbau tabu sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, mehr Geld in Forschung und Monitoring zum Artenschutz bei Windenergieanlagen zu investieren?

Manfred Kern (Die Grünen):

Wir brauchen den Ausbau der Windkraft, und wir wollen die Arten schützen. Das klingt wie ein Dilemma. Ich finde jedoch, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir haben alle Rotmilane erfassen lassen. Auf dieser Grundlage findet der Windkraftausbau statt. Die Windmühlen sollen dort stehen, wo nicht viele Rotmilane brüten. Natürlich sind die Lebensräume der Fledermäuse zu schützen. Wenn die Windkraft dort tatsächlich störenden Einfluss ausübt, muss man sich ggf. nach geeigneteren Standorten umschaun.

Hendrik Tzschaschel (FDP):

Der Landschaftsschutz ist vor Ort zu bewerten. Werden Windkraftanlagen in Wälder projiziert, müssen viele Quadratmeter wertvoller Wald gerodet werden. Der BUND schreibt auf seiner Website: „Unsere Wälder müssen eine Vielzahl von Aufgaben erfüllen: Neben der Bereitstellung von Holz dienen die Wälder nicht nur als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch dem Klima-, Immissions-, Boden- und dem Wasserschutz sowie den unterschiedlichsten Freizeitaktivitäten und der Erholung.“ Volkswirtschaftlich betrachtet ist die Energiepolitik der Bundes- sowie der Landesregierung von Baden-Württemberg nicht zukunftsorientiert ausgerichtet, denn sie vernachlässigt die ökonomischen Fakten und die ökologischen Ziele. Ich lehne es ab, an windschwachen Standorten, Windkraftanlagen bauen zu lassen

Nein, denn diese Gelder, können an anderen Stellen im Landeshaushalt sinnvoller eingesetzt werden, da ich mich gegen Investitionen in Windkraftanlagen in Baden-Württemberg ausspreche. Windkraftanlagen müssen ohne Subventionen wirtschaftlich betrieben werden können. Aufgrund der Subventionspolitik werden viele Windräder an Stellen betrieben, die

nicht genügend Strom produzieren und somit nicht den „gewünschten Effekt“ erzielen können, verstärkt zum Klimaschutz beizutragen.